

Editorial

Ein deutsches Comeback

Ulrike Nasse-Meyfarth, Gründungsmitglied im neuen Förderverein der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e. V., steht mit ihrer Lebensgeschichte symbolhaft für das, was unsere Initiative für ganz Deutschland erreichen möchte. Durch Fleiß und enorme Energie holte die damals 28-jährige Hochspringerin in Los Angeles noch einmal olympisches Gold und wiederholte damit den Olympiasieg, den sie als junges Mädchen 12 Jahre zuvor in München errungen hatte. Sie hat an sich geglaubt, vor allem aber auch hart an sich gearbeitet und wurde dafür belohnt.

Ulrike Nasse-Meyfarth ist eine Frau, die den geflügelten Satz „They never come back!“ Lügen straft. Konsequentes Training durch Reformen wird, so glauben wir, auch unsere Wirtschaft wieder in Weltklasseform bringen. Ein Comeback für Deutschland ist nicht nur wünschenswert, sondern auch möglich.

Als Gründungsmitglied im Förderverein der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e. V. arbeitet Ulrike Nasse-Meyfarth an der Seite weiterer Persönlichkeiten aus Politik und Wissenschaft daran mit, dass Deutschland sein wirtschaftliches Comeback erreichen kann. Wir machen dieses Engagement durch eine Anzeige öffentlich. Darin wird die legendäre Hochspringerin ihre Vision schildern, wie es für uns alle wirtschaftlich wieder aufwärts geht. Das Anzeigenmotiv finden Sie neben vielen anderen Themen vorab in diesem neuen InitiativeExpress.

Der Förderverein bietet nun endlich auch einer breiteren Öffentlichkeit die Möglichkeit, sich aktiv an unserer Arbeit für die wirtschafts- und sozialpolitische Erneuerung zu beteiligen. Er steht allen offen, die gemeinsam mit uns daran glauben, dass eine bessere Zukunft mit mehr Wachstum und mehr Beschäftigung möglich ist. Lesen Sie in diesem Newsletter (auf Seite 2), wie Ulrike Nasse-Meyfarth Deutschland aus der Formkrise führen würde.

Herzlichst

Ihre



Tasso Enzweiler



Dieter Rath

Exklusiv in DIE ZEIT

INSM Bildungsmonitor 2005

Köln – Berlin und die ostdeutschen Bundesländer sind die Gewinner des INSM-Bildungsmonitors 2005. Neben der Wochenzeitung „Die Zeit“ berichten etwa 40 Medien über die bislang umfassendste Studie zum deutschen Bildungssystem.

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft hat am 24. August den Bildungsmonitor 2005 vorgestellt. Fast alle überregionalen und die wichtigsten regionalen Tageszeitungen haben über die Ergebnisse dieser Bildungsstudie berichtet. Die vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln für die INSM erstellte Studie bewertet mehr als 100 Indikatoren, um herauszufinden, wie erfolgreich jedes der 16 Bundesländer sein Bildungssystem in einer Weise gestaltet, dass daraus optimale Wachstums- und Beschäftigungsimpulse entstehen. Der Bildungsmonitor bezieht dabei die Ergebnisse unterschiedlicher Studien im Bildungssektor ein – zum Beispiel PISA. Außerdem werden zum Beispiel Klassengrößen, Abbrecherquoten, die Zahl und Qualität der Abschlüsse von Schülern und Studenten sowie die Studiendauer mit einbezogen.

Das Ergebnis im Vergleich zum ersten Bildungsmonitor 2004 ist insgesamt positiv: „Alle Bundesländer konnten ihre Bildungssysteme in den vergangenen Jahren verbessern“, erklärt Tasso Enzweiler. Vor allem in ostdeutschen Bundesländern stieg die Qualität ihrer Bildungssysteme deutlich dynamischer als in den Südländern Bayern und Baden-Württemberg, deren Bildung traditionell hohes Niveau hat.

So liegt Berlin auf Platz eins im so genannten Dynamikranking, das zeigen soll, wie stark sich die Bundesländer im Vergleich zur Vorjahresstudie steigern konnten. Nach Sachsen und Thüringen rangieren auch Brandenburg und Sachsen-Anhalt auf den Plätzen fünf und sieben weit vorne. Bis auf Mecklenburg-Vorpommern, das auf Platz 16 landete, haben alle neuen Länder die Qualität ihres Bildungsangebots deutlich verbessert. „Sehr gute Betreuungsangebote und Quoten bei erfolgreichen Abschlüssen zeichneten die Bildungsarbeit der ostdeutschen Bundesländer aus“, so INSM-Geschäftsführer Enzweiler.

Mehr zum Bildungsmonitor im Internet unter

http://www.chancenfueralle.de/Downloads/PDF_-_Dateien/Bildungsmonitor/Studie_Bildungsmonitor_2005.pdf

Kooperation mit dem General-Anzeiger

750 Zuschauer beim Rheinischen Reformpodium: „Es gibt Arbeit für alle.“

Bonn – Friedrich Merz, Florian Gerster, Michael Hüther und andere Experten diskutierten am Donnerstagabend, 25. August, in Bonn beim „Rheinischen Podium“ – eine Gemeinschaftsveranstaltung der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und des General-Anzeigers. Das Thema: Wie kann eine neue Bundesregierung neue Beschäftigung und mehr Wachstum schaffen? Oder auch: „Wie muss die Politik nach der Wahl das Haus bestellen, damit unsere Zukunft gesichert ist?“ Diese Frage formulierte INSM-Geschäftsführer TassoENZWEILER in seinem Eröffnungstatement vor 750 Zuschauer im Kastaniengarten des Rheinhotels Dreesen.

Die von GA-Chefredakteur Joachim Westhoff moderierte Diskussion verlief sachfragenorientiert und – so der General-Anzeiger-Bericht – erfreulicherweise „nicht im Zeichen von Wahlkampfgetöse“. Erstaunlich war auch die stellenweise frappierende Übereinstimmung der beiden Politiker Friedrich Merz und Florian Gerster. Gerster, ehemals sozialdemokratischer Arbeitsminister in Rheinland-Pfalz, erklärte: „Die von der Union geplante Mehrwertsteuererhöhung von zwei Prozent ist ein durchaus erlaubtes Thema“.



Auch CDU-Finanzexperte Merz betonte, dass der Abend der Sache und nicht dem Wahlkampf dienen sollte. Merz forderte vor allem Einschnitte auf dem Arbeitsmarkt. Der erste Arbeitsmarkt müsse nach unten geöffnet werden. „Einfache und gering bezahlte Tätigkeiten müssen von zu hohen Abgaben befreit und so für Arbeitslose lohnender gemacht werden“, sagte der CDU-Finanzexperte.

Gerster unterstützte Merz in seinen Forderungen. In den Privathaushalten gebe es ein Potenzial von hunderttausenden Teilzeitstellen. Der ehemalige Vorstandschef der Bundesagentur für Arbeit (BA):



„Es gibt im Kern Arbeit für alle.“ Mit der BA ging Gerster scharf ins Gericht. „Die BA mit ihren rund 100 000 Beschäftigten ist nicht führbar und damit auch nicht reformierbar.“

Selbst der Gewerkschaftsvertreter beim „Rheinischen Podium“, der Kölner DGB-Vorsitzende Wolfgang Uellenberg-van Dawen, sprach sich für eine „radikale Dezentralisierung der Arbeitsmarktpolitik“ aus. Er verteidigte aber das deutsche Tarifsysteem als „hochflexibel und ungeheuren Standortvorteil“.

Merz, Gerster und der Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW), Michael Hüther, mahnten als Ausgangspunkt aller Reformbemühungen eine Konsolidierung der Staatsfinanzen an. IW-Direktor Hüther hatte zu Beginn Eckpunkte der Studie „Vision D.“ vorgestellt, die sein Institut für die Initiative erarbeitet hat. Untersucht haben die Wissenschaftler Reformprozesse in USA, Schweden und Großbritannien. Dabei zeigte sich, so Hüther, dass „Reformer einen langen Atem haben müssen.“

Ulrike Nasse-Meyfarth im Initiative-Einsatz

Reform-Visionen einer legendären Sportlerin

Köln/Leverkusen – Als „Königin der Leichtathletik“ und eine der populärsten Sportlerinnen Deutschlands aller Zeiten gilt Ulrike Nasse-Meyfarth. Die 1956 geborene zweifache Hochsprung-Olympiasiegerin arbeitet heute als Diplom-Sportlehrerin und Trainerin des TSV Bayer 04 Leverkusen. Ehrenamtlich engagiert sie sich jetzt auch für den neuen Förderverein der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. In einer bundesweit ab 7. September in Zeitungen und Magazinen erscheinenden Anzeige spricht sie über den Grund, warum sie sich in die Reformdebatte eingeschaltet hat: aus Sorge um die Zukunft der Jugend. Neben offenen Fragen in den Sozialsystemen und auf dem Arbeitsmarkt sieht Nasse-Meyfarth vor allem im Bildungssystem Nachholbedarf. Hier hinken Deutschland Ländern wie Schweden „deut- ➤



lich hinterher“. Ulrike Nasse-Meyfarth fordert die Politik auf, den Bürgern „klar zu sagen, welche Veränderungen unvermeidbar sind“. Ich weiß aus eigener Erfahrung, dass man längere Durststrecken nur durch viel Einsatz überwindet. Wichtig sei, dass die Politik den Menschen jetzt eine klare Perspektive vermittelt, die sie erkennen lässt, dass sich Reformen

wirklich lohnen. Nur dann würden die Menschen ihre Leistungsreserven mobilisieren, erklärte die Sportlerin. Sie muss es wissen, denn zwischen ihren beiden Olympiasiegen 1972 und 1984 lagen 12 harte Jahre, in denen sie sich nach vorn arbeiten musste. „Ich sehe da durchaus eine Parallele zur aktuellen Lage in der Bundesrepublik: Auch Deutschland war mal Weltspitze, hat jetzt aber mit Anpassungsproblemen zu kämpfen.“ Länder wie Schweden und Großbritannien, deren Reformen in der Studie „Vision D.“ untersucht wurden, haben da besser für den globalen Wettbewerb trainiert.

Neues Unterstützer-Netzwerk

Im Förderverein – gemeinnützig für Reformen arbeiten

Berlin – Mit der Gründung des neuen Fördervereins der INSM können sich seit dem 1. Juni alle Bürgerinnen und Bürger persönlich für Reformen einsetzen. Insgesamt zwölf Gründungsmitglieder hatten sich an diesem Tag in Berlin versammelt, um künftig auf notwendige Reformen hinzuweisen und das Verständnis der Bürger für wirtschaftliche Zusammenhänge zu stärken. Nach Diskussion der Satzung wählten die versammelten Mitglieder den INSM-Kuratoriums vorsitzenden und früheren Bundesbankpräsidenten Professor Hans Tietmeyer zum Vorsitzenden des Fördervereins. Stellvertretende Vorsitzende sind der Münchener Unternehmensberater Dieter Rickert sowie INSM-Geschäftsführer Tasso Enzweiler. Weitere Gründungsmitglieder sind:

Florian Gerster, SPD, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit, Professor Johanna Hey, Stiftungsprofessur für Unternehmenssteuerrecht in Düsseldorf, Professor Dieter Lenzen, Präsident der Freien Universität Berlin, Friedrich Merz, CDU, MdB, Ulrike Nasse-Meyfarth, Olympiasiegerin und Trainerin, Dr. Hergard Rohwedder, Rechtsanwältin, Max Schön, Mitglied im Aufsichtsrat der MAX SCHÖN AG, Carl-Ludwig Thiele, Stellv. Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion.

Sie wollen etwas tun für Reformen in Deutschland und deshalb mitmachen im Förderverein der Initiative? Diesem Newsletter liegt ein **Aufnahmeantrag** bei!

Mehr zum Förderverein:

<http://www.chancenfueralle.de/Foerderverein.html>

Mitglied werden:

http://www.chancenfueralle.de/Downloads/PDF_-_Dateien/Mitgliedsantrag.pdf


Wirbel um INSM-Werbung

Großplakat wird zum „Sicherheitsproblem“ für russische Botschaft



Berlin – „5 Millionen Deutsche wünschen sich weniger Freizeit“ – die Welt am Sonntag machte mit dem Foto eines Großplakats der INSM die Wirtschaftsseiten ihrer Ausgabe vom 31. Juni auf. Die WamS-Schlagzeile eines dazugestellten Artikels über Kombilöhne war ebenfalls durchaus im Sinne der Initiative: „Damit sich Arbeit wieder lohnt“.

„Think Big!“ – nicht kleckern, sondern klotzen – das war das Motto dieser PR-Aktion. Vom 20. bis 27. Juli hatte die INSM an einem Gebäude in unmittelbarer Nähe des Reichstages ein 14 mal 14 Meter großes Plakat mit dem ironischen „Freizeit“-Satz anbringen lassen. Über dem Plakat war noch ein Wegweiser mit einem Pfeil in Richtung Reichstagskuppel angebracht, der die Aufschrift „Reformhaus“ trug.

Think Big! Reloaded – nach Ablauf der Frist Ende Juli wollte die INSM das Plakat noch einmal an prominenter Stelle in der Bundeshauptstadt platzieren und hatte einen hervorragend geeignete 

ten Standort gleich neben der russischen Botschaft gefunden. Doch ein fanatisch fotografierender Tourist machte den Plan zunichte. Er kletterte auf das für die Plakataktion vorgesehene Gerüst, um Bilder vom Brandenburger Tor zu machen. Alarm beim Wachdienst der Botschaft, Polizeieinsatz, leichtsinniger Kletterer entfernt, im Ergebnis leider Plakatverbot neben der Botschaft, die aus Sicherheitsgründen keine Reformbotschaften in ihrer Nähe dulden will.

Die INSM fahndet nach neuen Standorten für das Plakat. „Wir müssen die politisch Verantwortlichen mit unserer Forderung erreichen, die Rahmenbedingungen für neue Beschäftigungschancen zu verbessern“, sagt INSM-Geschäftsführer Dieter Rath. „Die alarmierende Höhe der Arbeitslosigkeit rechtfertigt praktisch jede Buchstabengröße, wenn es der Sache dient.“

Turbo-Kapitalisten?

INSM veröffentlicht Studie zum sozialen Engagement von Unternehmern

Köln – Schnell schimpfen manche über Turbokapitalismus und nennen die marktwirtschaftliche Akteure Heuschrecken. Doch Unternehmer engagieren sich sozial viel stärker, als viele glauben. Sie arbeiten vielfach ehrenamtlich, zum Beispiel in der Politik, sie investieren in soziale Projekte am Standort und, und, und. Das belegt eine repräsentative Studie des forsa-Instituts, gemeinsam beauftragt vom Wirtschafts-magazin Impulse und von der INSM. Das gesellschaftliche Engagement der Unternehmer hat danach pro Jahr einen Wert von 10,3 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Das entspricht rund drei Fünfteln der jährlichen Staatsausgaben in Höhe von 17,9 Milliarden für Jugendhilfe (zum Beispiel in Tageseinrichtungen und Sozialarbeit).

Ein wichtiges Ergebnis: 57 Prozent der Befragten kennen eine oder mehrere soziale Einrichtungen (unter anderem Kindergärten), die ohne die Unterstützung von Unternehmen eingestellt werden müssten.

Die Studie wurde auf einer PK gemeinsam mit der Zeitschrift Impulse am 20. Juli in Berlin vorgestellt. Das Magazin veröffentlichte wichtige Ergebnisse im Augustheft. Weitere Resonanz erfuhr die Befragung in den Zeitungen Die Welt, FAZ, Frankfurter Rundschau, Südwestpresse, Würzburger Tagespost sowie in weiteren Regionalzeitungen und in verschiedenen Fernsehinterviews.

Befragt wurden 1000 (Mit-)Inhaber von zufällig ausgewählten Unternehmen mit einem Mindestumsatz von 100.000 Euro. Bewusst wurden inhabergeführte Unternehmen zur Befragung ausgewählt,

weil sich hier die individuelle Haltung zur gesellschaftlichen Verantwortung besonders gut abfragen lässt.

Initiative-Kindervorlesung

Professoren dozieren in München vor Grundschulern



München – „Fußball spielen, Autos bauen, Unkraut jäten – Was ist Arbeit?“ Oder auch: „Wozu brauchen wir Geld?“ Mit solchen Fragestellungen wendet sich der Regensburger Volkswirtschaftsprofessor Lutz Arnold, Foto, am 24. September 2005, ab 14 Uhr, in der TU München an Studenten im Grundschulalter. Ja, sie haben

richtig gelesen: Die meisten seiner Hörer bei diesem Termin werden das Grundschulalter noch nicht überschritten haben. Professor Arnold tritt zu dieser Kindervorlesung ans Katheder auf Einladung der INSM, die überzeugt ist, dass ökonomisches Wissen gar nicht früh genug in die Köpfe kommen kann. Der 34-jährige Professor Arnold ist selbst Vater eines Kindes und als Ökonom Träger zahlreicher Auszeichnungen: Dissertationspreis der Universität Dortmund 1997; European Economic Association Young Economist Award 2000; Preis für gute Lehre des Landes Bayern 2003; 6. Platz im „WirtschaftsWoche“-Ranking „Deutschlands beste Nachwuchsökonom“ 2005. Unterstützt wird Arnold durch seinen Mitarbeiter, den Dipl.-Volkswirt Christian Bauer, der einen zweiten Vortrag bestreiten wird.

Spielerische Elemente sollen bei dieser Veranstaltung nicht zu kurz kommen, damit der erste kindliche Kontakt mit Volkswirtschaft nicht zu langweilig wird. Unter anderem wird es einen Stand „Das will ich werden!“ geben sowie auch ein „Wirtschaftsquiz“ und einen Malstand, bei dem Kinder ihre eigenen Berufsvorstellungen malen können. Die Kindervorlesung ist eine Kooperation mit der Münchener Abendzeitung.

Der nächste Termin steht bereits fest: Am 12. November wird Professor Michael Burda an der Berliner Humboldt-Uni Zuhörer zwischen zehn und zwölf Jahren in einer zweiten Kindervorlesung über Staatsschulden informieren. Wichtiges Wissen für die Kids, denn Sie müssen – ob sie wollen oder nicht – die öffentliche Verschwendung in den kommenden Jahrzehnten leider ausbaden.

Mehr dazu demnächst im Internet unter www.insm.de.

Neuer Folder zur aktuellen Debatte

Was ist sozial? Und was nicht? Sieben Fragen zur sozialen Gerechtigkeit

Köln – Sozialpolitik zum Mitreden: Zur Bundestagswahl bringt die INSM einen Folder auf den Markt, der in kompakter und leicht verständlicher Form – gleichzeitig aber wissenschaftlich durch Experten-Wissen des IW Köln fundiert – sieben aktuelle Fragen der Sozialdebatte beantwortet und dabei populäre Irrtümer korrigieren will. Zum Beispiel, dass die so genannte Bürgerversicherung sozial sei. Diese Annahme wird mit der ökonomischen Realität konfrontiert, dass

1. auch eine Bürgerversicherung die Ausgabenexplosion im Gesundheitswesen nicht bremsen kann, und dass
2. auch damit weiter Arbeitsplätze verloren gehen, weil die Kosten der Bürgerversicherung weiterhin auf den Faktor Arbeit aufgeladen werden.

Ein weiteres Beispiel ist die Annahme, dass eine Flatrate Tax nach dem Konzept von INSM-Botschafter Paul Kirchhof unsozial sei, weil sie angeblich Großverdiener entlaste. Modellrechnungen zeigen aber, dass die Kirchhof-Reform praktisch alle normalen Einkommen entlastet, durch hohe Grundfreibeträge vor allem auch Niedrigverdiener. Weitere Fragen in diesem Folder beschäftigen sich mit der Mehrwertsteuererhöhung, der Gesundheitsprämie und Hartz IV. Gerade beim viel diskutierten letzten Punkt stellt der Folder klar, dass zum Beispiel Familien mit Kindern, die vorher Arbeitslosenhilfe bezogen haben, mit dem neuen Arbeitslosengeld II besser dastehen.

Der Folder wird ins Netzwerk der Initiative verteilt sowie an Bundestagsabgeordnete verschickt werden. Zu beziehen ist er über die INSM-Zentrale in Köln per Mail: info@insm.de oder Telefon (0221) 4981 402.

Initiative Express - künftig elektronisch!

Liebe Leserinnen und Leser,

viele von Ihnen haben den Newsletter und andere Publikationen der INSM bisher auf dem Postweg in gedruckter Form erhalten. Um Sie künftig noch schneller und auch in höherer Frequenz als bisher mit den aktuellsten Nachrichten unseres Reformnetzwerks versorgen zu können, werden wir diesen Initiative Express auf einen elektronischen Vertriebsweg umstellen. Sie bekommen diese Publikation – vorausgesetzt, dass Sie es möchten – als PDF per E-Mail. Der Weg dahin ist ganz einfach! Senden Sie uns dieses Formular ausgefüllt per Fax oder per Mail.

Name

PLZ/Ort

Funktion

Telefon

Redaktion

Fax

Straße/Nr.

E-Mail

Faxkontakt 0221/49 81 406

Mailkontakt: info@insm.de

**Sie können den elektronische Newsletter auch Online bestellen. Und zwar unter dem Link:
www.insm.de/Express**

Impressum:

Initiative Express wird herausgegeben von der
Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft
Redaktion: Carsten Seim, (0221) 4981 403; seim@insm.de
Kontakt Förderverein: Jens Walter, (0221) 4981 412; walter@insm.de
Fotos: Dominik Asbach

Verantwortlich:
Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft
Geschäftsführung: Tasso Enzweiler, Dieter Rath
Gustav-Heinemann-Ufer 84-88, 50968 Köln
Telefon: (0221) 4981 401, Fax: (0221) 4981 406
E-Mail: info@insm.de

Bitte ausfüllen und unterschrieben zurück an:

**Förderverein
Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e.V.
Gustav-Heinemann-Ufer 84-88**

50968 Köln

Antrag auf Mitgliedschaft im Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e.V.

Hiermit beantrage ich die Mitgliedschaft im Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e.V. als

a) natürliche Person:

(Titel), Name, Vorname

Geburtsdatum Beruf

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

Telefon Fax

E-Mail

b) juristische Person:

Anschrift der Firma (Anstalt, Körperschaft u.a.)

Vertreten durch (Titel), Name, Vorname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

Telefon Fax

E-Mail

Die Satzung des Fördervereins Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e.V. habe ich zur Kenntnis genommen und erkenne sie an.

Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von _____ Euro wird überwiesen/soll abgebucht werden.

Ich bin/wir sind damit einverstanden, dass die personenbezogenen Daten zum Zwecke der Gewährleistung der Vereinsarbeit vom Vorstand erhoben werden.

Ort, Datum

Unterschrift

Höhe der Mitgliedsbeiträge:

Der Mitgliedsbeitrag im Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e.V. beträgt derzeit für

- a) Privatpersonen/juristische Personen: 72,00 Euro pro Jahr
- b) ermäßigte Privatpersonen*: 36,00 Euro pro Jahr

Es besteht die Möglichkeit, den Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e.V. über den Mindestbeitrag hinaus zu unterstützen. Bitte informieren Sie uns über den einzuziehenden Gesamtbetrag.

Die Mitgliedsbeiträge sind Jahresbeiträge und bis zum 31. März eines jeden Jahres an den Förderverein zu entrichten.

*Auf Antrag an den Vorstand wird für Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten, Auszubildende, Zivildienst- und Wehrdienstleistende der Mitgliedsbeitrag ermäßigt.

Bankverbindung:

Deutsche Bank AG, Köln
BLZ 370 700 60
Konto-Nr.: 666 666 3

Wir sind eine verhältnismäßig kleine Institution mit begrenzten Ressourcen. Deshalb müssen wir die Verwaltung des Fördervereins so zeitsparend wie möglich organisieren. Somit wären wir Ihnen dankbar, wenn Sie uns gestatten, Ihren jährlichen Mitgliedsbeitrag per Bankeinzug abzubuchen.

Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e.V.

Einzugsermächtigung:

Hiermit ermächtige ich den Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e.V. widerruflich, meinen Mitgliedsbeitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.

Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Geldinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

Beitrag (jährlich)

Telefon

(Titel) Name, Vorname

Fax

Geburtsdatum

E-Mail

Beruf

Geldinstitut

Straße, Hausnummer

Bankleitzahl

Postleitzahl, Ort

Konto-Nr.

Ort, Datum

Unterschrift: